

Friedenskomitee 2000

Postfach 1308, D-82303 Starnberg, Tel. 08151-4115, Fax 08151-78212, info@deutschland-bewegung.de
Sprecher: Dr. Alfred Mechttersheimer

2. September 2008

Presseerklärung

Mechttersheimer: Wir brauchen eine neue Friedensbewegung

Die Kriegerfraktion in Washington will einfach nicht wahrhaben, daß dem Kalten Krieg nicht die erhoffte Alleinherrschaft der USA folgt. Jetzt setzt sie auf den Vietnam-Kriegs-Veteran John McCain und unternimmt alles, um seinem Rivalen Barack Obama den Weg ins Weiße Haus zu verbauen. Dieser könnte tatsächlich die Rüstungsausgaben senken und weniger kriegerisch in einer multipolaren verstandenen Welt agieren. Deshalb brauchen sie für ihren Präsidenten und ihre Politik möglichst viel Konfrontation.

Der zusammen mit Israel lange vorbereitete Krieg gegen den Iran wäre zu riskant und könnte die Sehnsucht nach Frieden beim amerikanischen Wähler verstärken. Deswegen überließ man Georgien, wo ein US-Vasallenregime installiert und aufgerüstet wurde, die Rolle des Provokateurs. Rußland mußte auf den georgischen Überfall auf das südossetische Zchinwali vom 7. auf den 8. August reagieren. Hat Moskau überreagiert?

Diese Frage ist nur mit Blick auf die Entwicklung der russisch-amerikanischen Beziehungen in den letzten 20 Jahren zu beantworten. Die USA waren zwar die Sieger des Kalten Krieges, verlieren aber seitdem immer mehr an politischer und wirtschaftlicher Macht, während Rußland dank seiner Bodenschätze einen einmaligen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Anstelle der früheren Bipolarität ist eine multipolare Welt mit neuen ökonomischen und politischen Zentren und mit dem Islamismus eine neue globale Kraft entstanden, die Amerikas Position weiter schwächen. Weltweit verschieben sich die politisch-ökonomischen Gewichte überwiegend zulasten der USA, so in Lateinamerika, in der moslemisch-arabischen Welt, im Irak, zuletzt in Pakistan und nun im Kaukasus.

Washington kann sich nur dort behaupten, wo es gelingt, die ethnischen und sonstigen Konflikte Moskaus mit Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu verschärfen und für sich zu nutzen. Wenn es gelingt, Moskau als aggressive Macht darzustellen, hilft dies an allen Fronten, so in Osteuropa, wo kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg in Georgien die Regierung in Warschau die Vorbehalte gegen die Stationierung von US-Raketen in Nordpolen fallen ließ.

In dieser Interessenlage braucht Washington Konflikte, um sich gegen die aufstrebende neue Großmacht Rußland behaupten zu können. Deshalb ist ein neuer Kalter Krieg wahrscheinlich, zumal der erste Kalte Krieg ein gewaltiges Konfliktpotential hinterlassen hat. Statt ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu installieren rückt die NATO immer näher an die russische Grenze heran. Während sich die russischen Truppen aus der DDR zurückzogen, wurde das deutsche Territorium immer weiter zum US-Stützpunkt ausgebaut und beherbergt nun auch noch das US-Kommando für Afrika.

Das US-hörige Moskau unter Jelzin hat eine Demütigung nach der anderen hingenommen. Der Diebstahl der Bodenschätze wurde durch Putin weitgehend rückgängig gemacht, und nun scheint es, als sei die Führung des mit gewaltigen Rohstoffvorkommen gesegnete und politisch und militärisch erstarkten Rußlands bei einhelliger Zustimmung des russischen Volkes nicht mehr länger gewillt, sich weiterhin wie der Verlierer des Kalten Krieges behandeln zu lassen.

Die Gefahr eines neuen Kalten Krieges ist groß, weil keine Seite aus dem ersten Kalten Krieg gelernt hat. Krisen werden nicht rechtzeitig erkannt, die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen werden nicht gesehen, und das Gefährlichste: In der Krise wird nicht beruhigend, sondern verschärfend reagiert: Frankreich und Großbritannien wollen Sanktionen, Frau Merkel spricht von der NATO-Mitgliedschaft Georgiens, die sie bisher verhindert hat. Ein außenpolitisches Konzept hat Berlin nicht und erst recht nicht die EU. Außenpolitik ist auf die Frage reduziert, ob man den US-amerikanischen Vorgaben folgt oder nicht.

Beängstigend ist die Reaktion eines Großteils der Medien. Die deutsche Presse zeigt längst erledigt geglaubte antirussische Reflexe. Die ZEIT sieht wieder die „russische Gefahr“ und Kalte Krieger wie der Amerikanist Josef Joffe tauchen wieder im Fernsehen auf. Selbst der SPIEGEL titelt „Der gefährliche Nachbar“. Ganz anders als die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung haben viele Politiker und Journalisten, so scheint es, geradezu darauf gewartet, die alten Freund-Feind-Muster aufleben zu lassen. Die Überreaktion des Kremels ist ein historisch erklärbares Fehlverhalten, aber kein Beleg für eine neue aggressive Außenpolitik.

Es ist eine neue Friedensbewegung in Deutschland und ganz Europa nötig. Denn ohne den manifestierten Friedenswillen wird die EU der US-amerikanischen Kriegerfraktion bis hin zum Krieg folgen. 25 Jahre nach der Blockade des US-Stützpunktes Mutlangen muß das Volk für ein friedliches Europa unter Einschluß von Rußland aufstehen und Krieg und Frieden wieder zu einer wahlentscheidenden Frage machen.